

Wahlprogramm

VerfasserIn: Programmkommission

Gegenstand: Kapitel 2: Finanzen

389 Text

390 **Finanzen**

391 Grüne stehen für eine solide, soziale und generationengerechte Finanzpolitik.
392 Wir gehen mit dem uns anvertrauten Geld der SteuerzahlerInnen verantwortlich um
393 und setzen uns für ausreichende Einnahmen ein. Nur so kann eine moderne
394 Demokratie funktionieren: Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit und
395 Verantwortung für zukünftige Generationen als Grundlage für Frieden und
396 Wohlstand.

397 Unser Bundesland hat sich auf den Weg gemacht, sich aus der Spirale von immer
398 mehr Schulden zu befreien. Die Grünen verpflichten sich dem Ziel, 2020 einen
399 Haushalt ohne Kreditaufnahme hinzubekommen, so wie es die Schuldenbremse im
400 Grundgesetz vorschreibt. Dafür bekommen wir 300 Millionen Euro jährlich als
401 Hilfe vom Bund und den anderen Bundesländern, aber wir strengen uns auch selber
402 an. Seit 2011 haben wir jedes Jahr vertragsgemäß die Kreditaufnahme gesenkt und
403 trotzdem politische Schwerpunkte gesetzt. Die Ausgaben für die Betreuung von
404 Kindern von 0 bis 6 Jahren haben sich in unserer Regierungszeit seit 2007 von 82
405 Mio € auf 153 Mio € pro Jahr fast verdoppelt. In Bremen und Bremerhaven gibt es
406 mehr LehrerInnen trotz gesunkener SchülerInnenzahlen und mehr PolizeibeamtInnen
407 als 2007, wir geben mehr Geld für die Universität und die Hochschulen aus sowie
408 für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Elternhaus nicht genügend gefördert
409 werden können.

410 Bremens Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ist das wichtigste finanzpolitische
411 Vorhaben der nächsten Jahre. Das ist eine Herausforderung, vor der wir uns nicht
412 verstecken. Auch deshalb haben wir die Schuldenbremse in der Bremischen
413 Landesverfassung verankert – wir meinen es ernst. Die schwierigsten Jahre liegen
414 erst noch vor uns. Wir sagen offen, dass es auch in Zukunft zu teils
415 schmerzhaften Veränderungen kommen muss. Wir haben nie gesagt, dass Sparen von
416 niemandem bemerkt werden wird. Sparen ist für uns kein Selbstzweck, sondern
417 hilft auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren und Vorsorge für die
418 Zukunft zu treffen. Gewohntes muss immer wieder auf den Prüfstand gestellt
419 werden, es ist immer möglich, die Arbeit besser und effizienter zu organisieren

420 und nicht jede staatliche Förderung ist unbefristet sinnvoll, wenn sie nicht auf
421 gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Der Blick darauf ist keine Zumutung,
422 sondern eine Selbstverständlichkeit. Dabei beachten wir besonders die soziale
423 Lage in unseren Städten.

424 Aber wir können es schaffen: unter der Voraussetzung einer anhaltend positiven
425 Entwicklung der Steuereinnahmen und mit der Hilfe der angekündigten Entlastungen
426 der Länder und Kommunen durch den Bund gibt es eine realistische Chance, die im
427 Grundgesetz geregelte Schuldenbremse ab 2020 einzuhalten.

428 Grüne setzen verstärkt auf Kooperation, Transparenz und einheitliche
429 Leistungsstandards in Bremen und Bremerhaven. Den bestehenden Finanzausgleich
430 innerhalb Bremens, der in besonderer Weise die Probleme Bremerhavens
431 berücksichtigt, werden wir in diesem Sinne weiter entwickeln.

432 Eine stabile Einnahmebasis ist unverzichtbar für den Sanierungsweg Bremens. Wir
433 haben in der Vergangenheit gezeigt, dass wir die Möglichkeiten, die wir selber
434 haben, konsequent nutzen: die Gewerbesteuer und die Grunderwerbssteuer wurden
435 erhöht und eine CityTax auf touristische Übernachtungen eingeführt. Beiträge und
436 Gebühren werden regelmäßig angepasst und in der Zukunft wollen wir zur Sicherung
437 eines hohen Standards bei der Straßenreinigung die in fast allen anderen Städten
438 übliche Straßenreinigungsgebühr einführen. Steuerbetrug muss gesellschaftlich
439 geächtet, bestraft und möglichst verhindert werden. Wir unterstützen weiterhin
440 den Ankauf von Steuer-CDs und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass
441 sich Steuerbetrüger hinter dem Bankgeheimnis verstecken können. In Bremen
442 brauchen wir eine leistungsfähige und gut ausgestattete Steuerverwaltung und
443 streben eine höhere Frequenz bei den Betriebsprüfungen an.

444 Grüne stehen für eine moderne und kosteneffiziente Verwaltung und haben schon
445 viel verändert. Das Bürgertelefon funktioniert vorbildlich und hat eine hohe
446 Dienstleistungsqualität. Bremen bündelt seinen Einkauf und bevorzugt öko-faire
447 Produkte ebenso wie wir mit verstärktem IT-Einsatz Verwaltung modernisieren.
448 Zusammenlegung der Finanzämter, Einführung der elektronischen Fallakte und eine
449 Zuwendungsdatenbank, die Transparenz schafft und das Verwaltungsverfahren
450 optimiert, sind Verbesserungen, auf die wir stolz sind. So muss es weitergehen.

451 Grüne stehen für einen starken und verlässlichen öffentlichen Dienst. Der Staat
452 kann nicht in allen Bereichen mit der Bezahlung in der Wirtschaft mithalten,
453 aber wir bieten neben Sicherheit auch andere Vorteile: Familienfreundlichkeit,
454 gute Aufstiegschancen gerade für Frauen, Recht auf Fortbildung, flexible
455 Arbeitszeiten sind nur die wichtigsten Pluspunkte, mit denen wir werben.
456 Selbstverständlich wollen wir wie bisher die Beschäftigungsquote für
457 schwerbehinderte Menschen übererfüllen. Wir werben gezielt um Menschen mit
458 Migrationshintergrund als Nachwuchs für unter anderem Kindertagesheime, Polizei
459 oder Stadtamt. Wir werden auch in Zukunft die Anzahl der Beschäftigten im
460 öffentlichen Dienst verringern müssen. Grüne stehen dafür, dass wir das
461 möglichst in den Bereichen tun, in denen es um die Verwaltung des Staates selbst
462 geht, und weniger in den Bereichen, in denen Dienstleistungen für die Menschen
463 in unseren Städten erbracht werden. Unter anderem wegen der in den nächsten
464 Jahren weiter ansteigenden Pensionszahlungen ist der Beamtenstatus im

465 Haushaltsnotlageland ein nicht zu unterschätzendes Nachhaltigkeitsthema in der
466 Finanzpolitik. Regelmäßig wiederkehrende Besoldungsaueinandersetzungen spalten
467 die öffentliche Meinung, aber auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.
468 Die Aufgabe einheitlicher Besoldung in Deutschland war ein Fehler. Wenn sich
469 eine politische Chance ergibt, sie wiederherzustellen, werden wir diese nutzen.
470 Wir werden grundsätzlich die Frage nach dem Umfang notwendiger Verbeamtungen
471 über den so genannten hoheitlichen Bereich hinaus weiter stellen.

472 Erhaltungs-Investitionen in bestehende öffentliche Gebäude und Straßen sollen
473 weiterhin Vorrang haben vor neuen Vorhaben. Wir wollen, dass die Investitionen
474 im Haushalt einzeln ausgewiesen werden. Das erleichtert die parlamentarische
475 Kontrolle und ermöglicht Schwerpunktdiskussionen: was steht in seiner
476 Wichtigkeit an erster Stelle, und was kommt danach? Bundespolitisch setzen wir
477 uns für Förderprogramme ein, die die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude
478 unterstützen.

479 Wir haben die Landesverfassung so geändert, dass Privatisierungen nur von den
480 Bürgerinnen und Bürgern selbst beschlossen werden können. Grüne bekennen sich zu
481 den wichtigen und wertvollen Gesellschaften Bremens, der Bremer Lagerhaus
482 Gesellschaft, der GEWOBA und der Bremer Landesbank. Hier - und in kleineren,
483 weniger bekannten, Gesellschaften - zeigen wir, dass Unternehmen der
484 öffentlichen Hand erfolgreich und verantwortungsbewusst sein können. Sie tragen
485 zur Sicherung von Arbeitsplätzen, einer attraktiven Wirtschaftsstruktur bei und
486 erwirtschaften Gewinne für den Bremer Haushalt. Wir stehen aber auch zu dem
487 steinigen Weg der Konsolidierung der kommunalen Krankenhäuser, weil wir die
488 staatliche Verantwortung für ein so hohes Gut wie Gesundheit nicht einfach bei
489 Anteilseignern privater Unternehmen abgeben können.

490 Bremen hat jedoch in der Vergangenheit - sehr häufig gegen Grüne Stimmen -
491 Staatstätigkeit in private Gesellschaften ausgelagert. Wir befinden uns mitten
492 in einem Prozess der Überprüfung dieser Privatisierungen. Mit dem Einstieg in
493 eine Beteiligung an den Versorgungsnetzen haben wir ein erstes Ausrufezeichen
494 gesetzt. Wir Grünen halten dabei nichts von der Orientierung anderer Parteien am
495 Zeitgeist. Wir sind damals weder auf der Privatisierungswelle gesurft noch
496 vertreten wir heute unkritisch eine Rekommunalisierung um jeden Preis.
497 Entscheidend ist für uns einzig und allein das Interesse der BürgerInnen an
498 effizienten Dienstleistungen, moderaten Gebühren, guten Arbeitsplätzen und der
499 Orientierung am ökologischen und sozialen Gemeinwohl als Prinzip
500 wirtschaftlichen Erfolgs.

501 Moderne Haushalts- und Finanzpolitik ist transparent und verständlich. Wir
502 werden nicht nachlassen, dafür zu werben, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich
503 in Haushaltsangelegenheiten einmischen. Mit uns gibt es keine Schattenhaushalte
504 oder eine Verschleierung der Kosten in der Zukunft. Stadtteilen und ihren
505 gewählten Beiräten stehen laut Gesetz in bestimmten Bereichen Stadtteilbudgets
506 zur Verfügung. Hier wollen wir in den nächsten vier Jahren deutlich schneller
507 vorankommen.

508 In den nächsten Jahren wird auf Bundesebene der Länderfinanzausgleich neu
509 verhandelt. Bremen muss sich selbstbewusst und im Bündnis mit anderen

510 einbringen. Wir bekennen uns zum Solidarprinzip des Finanzausgleichs. Der von
511 Bayern und Hessen in ihrer Klage angestrebte Wettbewerbsföderalismus wird am
512 Ende nur Verlierer hervorrufen, weil für ganz Deutschland ein einheitlicher
513 Rechts- und Sozialraum ein hohes Gut ist. Die Einwohnerwertung für die
514 Stadtstaaten wollen wir verteidigen.
515 Grüne wissen aber auch, dass die Einhaltung der Schuldenbremse und ein gerechter
516 Länderfinanzausgleich nur zwei Voraussetzungen für eine dauerhafte finanzielle
517 Handlungsfähigkeit unseres Bundeslandes sind. Um Bremen dauerhaft zu sanieren
518 brauchen wir eine solidarische Lösung für unsere Altschulden in Höhe von über 20
519 Mrd. €. Im Vergleich zu anderen Bundesländern müssen wir viel zu viel Geld für
520 Zinsen zahlen, das wir eben nicht in gute Schulen, Hafeninfrastruktur oder
521 Kindergärten stecken können. Auch deshalb ist es so wichtig, dass Bremen den
522 Sanierungsweg ernsthaft und erfolgreich beschreitet und die Grundlage für die
523 Bereitschaft der anderen Länder und des Bundes legt, einen Teil der Schulden
524 gemeinschaftlich - möglichst über eine Neuausrichtung des so genannten Solis -
525 zu übernehmen.

526 Bremen ist auch in Zukunft auf stabile Einnahmen angewiesen. Deshalb arbeiten
527 wir auf Bundesebene konstruktiv an einer verfassungsfesten Reform der
528 Erbschaftssteuer, die den Ländern höhere Einnahmen einbringt, mit. Das Bremer
529 Modell einer Grundsteuer, die sich an dem realen Wert des Grundstücks und des
530 Gebäudes orientiert, wird bundesweit diskutiert. Diese Reform sorgt für mehr
531 Gerechtigkeit und wirkt der Spekulation mit Bauland entgegen. Starke Schultern
532 können mehr tragen als schwache. Im Steuerrecht wird dem mit dem Grundsatz der
533 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit Rechnung getragen. Die Grünen arbeiten in
534 Bremen und Berlin an einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einer
535 verfassungsfesten Vermögenssteuer.